

Politische Schwerpunkte der grossrätlichen BDP Fraktion 2009/2010

Die folgenden Schwerpunkte bilden den Rahmen und die Leitplanken für die Arbeit im Grossen Rat bis zum Frühling 2010. Sie entsprechen der Grundhaltung der BDP-Fraktion in den wichtigsten Bereichen der Politik und dienen unter anderem als Grundlage für geplante Interventionen und Vorstösse im Parlament.

Finanz- und Wirtschaftspolitik

1. Die BDP-Fraktion unterstützt einen Auftrag an die Regierung zur Steuersenkungsprüfung für das Jahr 2010 und fordert eine Steuersenkung mit der Steuergesetzrevision 2011, wenn diese ohne Kürzung beschlossener Investitionen nachhaltig finanzierbar ist.
2. Die BDP-Fraktion fordert mit der Revision des Steuergesetzes 2011 die Prüfung neuer Anreize bezüglich Sparen und Schuldenabbau der privaten Haushalte sowie positive Anreize auf den Eigenmietwert bei Investitionen in nachhaltige Energiegewinnung.
3. Wir verfolgen eine Steuerpolitik, die gleichmässig und gerecht ist und sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert. Dabei ist Solidarität zwischen Reich und Arm zu fordern, darf aber nicht übertrieben werden, um eine dem schweizerischen Mittel entsprechende Mischung der Einkommens- und Vermögenskategorien zu erreichen.
4. Kreditanträge für die Verbesserung der Erschliessung durch den Individual- und öffentlichen Verkehr werden primär dort gleichwertig unterstützt, wo sie für die wirtschaftliche Entwicklung nötig sind.
5. Wir unterstützen eine kantonale Personalpolitik, welche der Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt dient, ohne dass die Personalkosten und die Kosten für externe Aufträge mehr als teuerungsbedingt ansteigen.
6. Die BDP fordert stabile und berechenbare Rahmenbedingungen und die guten Dienste des Staates bei der Bereitstellung der nötigen Landflächen, um insbesondere die Ansiedlung von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung zu erleichtern.
7. Die BDP steht hinter dem heutigen System der Wirtschaftsförderung mit der restriktiven Möglichkeit von Beiträgen und Steuererleichterungen.

Bildung

1. Sowohl die Schwachen, wie auch die durchschnittlich und überdurchschnittlich leistungsorientierten Begabten, sollen in den Genuss einer soliden Bildung kommen.
 - Wir unterstützen die Integration in die Normalklassen, solange dies für alle Betroffenen verantwortbar ist.
 - Wir unterstützen die spezielle Förderung der Hochbegabten.
 - Die Frage der Einführung der Basisstufe beantwortet die BDP nach Vorliegen des Evaluationsberichts.
 - Die in einigen Gemeinden eingeführte Früherkennung von Lern-Verhaltens- oder Sozialen Auffälligkeiten ist auf ihre Wirkung zu evaluieren. und allenfalls flächendeckend einzuführen.

2. Die verschiedenen Formen der Vorbereitung auf die Maturitätsschulen sollen unvoreingenommen evaluiert und daraus die notwendigen Schlüsse gezogen werden. Das Niveau für den Matura-Abschluss ist anzuheben.
3. Das HarmoS-Konkordat wird unterstützt, wohlwissend, dass bezüglich Einschulungsalter flexibel gehandelt werden kann.
4. Die BDP setzt sich mit der Ausbildung und den Arbeitsbedingungen der Lehrerschaft auseinander.
5. Der Privatisierung der Volksschulen und der freien Schulwahl steht die BDP kritisch gegenüber. Die Staatsschule muss durch schulinterne qualitätsverbessernde messbare Massnahmen gestärkt werden.
6. Die BDP-Fraktion sucht nach Möglichkeiten, welche die Verantwortung der Eltern in der Erziehung, allenfalls durch Elternbildung und der Frage eines Obligatoriums für die Elternmitarbeit deutlich verbessern.
7. Wir unterstützen alle Anstrengungen der Universität und der Fachhochschulen, die dazu dienen, im schweizerischen Vergleich in einigen Bereichen der Lehre, Forschung und des Wissenstransfers eine Spitzenposition einnehmen zu können. Wir fordern die Koordination und Zusammenarbeit der Hochschulen im Kanton Bern.

KMU

1. Die BDP-Fraktion unterstützt das Vorziehen von beschlossenen Investitionen zur Bekämpfung der Rezession.
2. Wir unterstützen alle Massnahmen, die in den Bewilligungsverfahren, im Abrechnungswesen und im zur Verfügung stellen von Lehrstellen eine Vereinfachung bedeuten.

Landwirtschaft

1. Die BDP-Fraktion fordert, dass ökologische und dem Gemeinwohl dienende Leistungen der Landwirtschaft auch zukünftig dem Aufwand entsprechend abgegolten werden.
2. Die BDP unterstützt alle Bestrebungen, Anreize für eine transportarme Versorgung der Bevölkerung zu schaffen.
3. Dem Erhalt des Kulturlandes, als wichtigste Produktionsgrundlage, muss mit einer entsprechenden Bau- und Raumplanungsgesetzgebung die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Energieversorgung und Klima

1. Die BDP-Fraktion fordert eine deutliche Reduktion der CO₂ Emissionen.
2. Wir fordern die Garantie der Versorgungssicherheit unter Berücksichtigung der CO₂ Reduktion. Der massiv zunehmende Ersatz fossiler Energieträger durch Strom darf nicht unterschätzt werden. Es darf keine Versorgungslücke geben, deshalb sind entsprechende Bewilligungsverfahren für Grossprojekte einzuleiten, ohne damit bereits ein Präjudiz zu schaffen.
3. Primär soll durch Energiesparen, durch die Erhöhung der Energieeffizienz, der Wasserkraft und durch die Nutzung von Holz, Biomasse, Wind und Solartechnologie die Abhängigkeit vom Ausland reduziert werden.

Sicherheit im öffentlichen Raum und Rechtspflege

1. Massgebend für die personelle und materielle Ausstattung der Kantonspolizei ist das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung im ganzen Kanton. Die allenfalls zusätzlich notwendigen Mittel sind gerechtfertigt.
2. Die BDP fordert Sanktionen, die präventiv wirken.
3. Wir fordern eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren.

Frauenförderung

1. Die BDP setzt sich dafür ein, dass öffentliche Ämter und Kaderpositionen in der Wirtschaft und der Verwaltung vermehrt durch Frauen besetzt werden.
2. Die BDP unterstützt die Bereitstellung von Teilzeitjobs und unterstützt faire Bedingungen beim Wiedereinstieg in die ausserhäusliche berufliche Tätigkeit.
3. Die BDP sorgt für eine angemessene Vertretung der Frauen in politischen und internen Gremien.

Familienpolitik

1. Die BDP unterstützt die familieninterne und -externe Kinderbetreuung gleichwertig.
2. Die BDP setzt sich für die Stärkung und Verbesserung der Lebenssituation der Familie und Kinder ein, unabhängig von der Familienform.

Mitsprache der Jugend und jüngerer Erwachsener

Die BDP fordert die Jugend auf geeignete Weise auf, ihre politischen Anliegen an die Gesellschaft zu formulieren und in die BDP-Parteilpolitik einzubringen. Sie hat deshalb am 8. Januar zwei Personen als Vertretung der Jugend in den Vorstand der BDP Kanton Bern gewählt. Auf die Gründung einer BDP-Jungpartei wird explizit verzichtet.

Sozialpolitik

1. Die Existenz muss für jede Bürgerin und jeden Bürger gesichert sein. Selbstverschulden, fehlende Mitarbeit und der Vergleich zu nicht unterstützten wenig Verdienenden müssen bei der Sozialhilfe berücksichtigt werden.
2. Die BDP fordert, dass Sozialhilfeempfängerinnen und -Empfänger nicht bessergestellt sind, als wenig Verdienende, so dass ein Anreiz zum Ausstieg aus der Sozialhilfe geschaffen und der Missbrauch bekämpft wird.
3. Wir fordern Massnahmen gegen die sehr hohe Quote von Lehrabbrüchen.
4. Die BDP fordert die Überprüfung der verschiedenen Unterstützungsleistungen.
5. Wir fordern mehr Verantwortung und Autonomie der Gemeinden in der Sozialpolitik innerhalb der vom Kanton definierten Leitplanken.

Gesundheit

1. Die BDP-Fraktion fordert, dass Prämienzahlerinnen und Prämienzahler im Kanton Bern nur noch entsprechend dem schweizerischen Durchschnitt belastet werden.
2. Die BDP fordert einen fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Spitälern.
3. Wir fordern wirksame Massnahmen gegen den Personalmangel in der Pflege.
4. Ein Hin und Herschieben von Patienten zwischen Spital-, Heim- und Hausbehandlung muss verhindert werden.
5. Die BDP fordert schweizweit ein Qualitätsrating der Spitäler, das die für die Patienten relevanten Parameter mit einbezieht.

Ausländerpolitik

1. Das Freizügigkeitsabkommen wird unterstützt.
2. Die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ist wirtschaftlich notwendig. Integration ist aktiv zu betreiben und einzufordern.
3. Die BDP fordert eine Beschleunigung des Asylverfahrens auf geeignete Weise.
4. Asylbewerber, die mit N-Ausweis in einem hängigen Verfahren durch den Kanton betreut werden, sind in den Fähigkeiten zu stärken, welche sie in ihrem Heimatland nutzen können.

Tourismus und Gastronomie

1. Die BDP fordert Rahmenbedingungen für eine effizientere Entwicklung des Tourismus. Insbesondere sollen die Landesteile unter möglichst wenigen Dachmarken auftreten.
2. Nachteile gegenüber den Kantonen Graubünden und Wallis sind zu vermeiden.
3. Die BDP fordert, dass **ein** Amt das Bewilligungsverfahren in touristischen Projekten koordiniert und speditiv führt.
4. Die BDP fordert arbeitsrechtliche Anpassungen, welche die Schaffung von Lehrstellen in Gastrobetrieben fördern.